

STUTTGART



Herrn
Horst Seehofer
Bundesminister des Innern,
für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Versand per E-Mail: mb@bmi.bund.de

Berlin, den 27.04.2020

Effizienzhäuser Plus: Klimaschonenden Neustart ermöglichen, Regelungen für lokale PV-Anlagen extrem vereinfachen und eigenständige Förderung etablieren

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

im Rahmen der bautec 2020 in Berlin haben die Unterzeichner dieses Schreibens beim Fachsymposium "Effizienzhaus Plus – Impulse für den Klimaschutz" im Rahmen einer Podiumsdiskussion ihre Erfahrungen mit dem Effizienzhaus Plus ausgetauscht. Übereinstimmend halten wir Plusenergie-Gebäude für einen wesentlichen Beitrag zu Energiewende und Klimaschutzziele. Angesichts der Corona-Pandemie würde eine entsprechende qualitativ hochwertige Planungs- und Bautätigkeit auch bei der Sicherung von Arbeitsplätzen helfen.

Das Effizienzhaus Plus ist ein energetischer Standard mit einem minimierten Energiebedarf (in Anlehnung an das Niveau eines Effizienzhauses 55 oder besser) und einer entsprechend dimensionierten Anlage zur solaren Stromerzeugung. Der Standard garantiert nicht nur eine ausgeglichene Jahres-Energiebilanz, sondern zusätzlich wird der Überschuss der am Gebäude gewonnenen erneuerbaren Energie Dritten oder dem Netz in Form einer netzdienlichen Einspeisung zur Verfügung gestellt. Damit leisten Gebäude, die entsprechend dieses Standards errichtet oder modernisiert werden, einen Beitrag zur Schonung nicht erneuerbarer Ressourcen sowie zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Während nun selbstnutzende Eigentümer den am Gebäude erzeugten Solarstrom ohne Probleme zur Eigenbedarfsdeckung einsetzen und Überschüsse generieren können, stehen ähnliche Lösungen für Solaranlagen bei vermieteten Gebäuden vor erheblichen Hemmnissen. Dies wird auch dadurch illustriert, dass von 37 Wohngebäuden der Effizienzhaus Plus Forschungsinitiative nur neun Mehrfamilienhäuser sind.

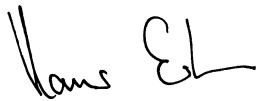
Wir haben in Deutschland ein kompliziertes und hemmendes System an Regelungen für die dezentrale Stromerzeugung in Quartieren vorliegen: hinsichtlich Steuern und Abgaben einerseits und Fördermitteln andererseits, bei Meldepflichten und bei Mehrwertsteuer, Gewerbesteuer oder Körperschaftssteuer, sowie bei energiewirtschaftlichen Streitpunkten, wie der Größe einer Kundenanlage oder der Reichweite eines unmittelbaren räumlichen Zusammenhangs. Damit werden sowohl Quartierslösungen behindert als auch bestimmte Gebäudeeigentümergruppen benachteiligt. Im Ergebnis findet die Erzeugung und Nutzung von PV-Strom in Mehrfamilienhäusern nur marginal statt. Dies geht zu Lasten der Klimaschutzziele und benachteiligt nicht zuletzt die Mieter gegenüber selbstnutzenden Eigentümern im Einfamilienhaus.

Wir appellieren an Sie, die lokale Nutzung von lokal erzeugtem erneuerbarem Strom so schnell wie möglich extrem zu vereinfachen, z. B. durch eine Gleichbehandlung von dezentralem Strom und Wärme innerhalb von Quartieren. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind so anzupassen, dass die Nutzung des lokalen Energiepotenzials in maximalem Umfang realisiert werden kann.

Wir appellieren weiter, den Effizienzhaus Plus Gebäudestandard als eigenständiges Segment in die geplante Förderrichtlinie zur Bundesförderung für effiziente Gebäude technologieoffen sowohl im KfW 55 als auch im KfW 40 Niveau aufzunehmen. Darüber hinaus wäre eine fokussierte Förderung eines Quartiersansatzes für die Entwicklung von Effizienzhaus Plus-Projekten im Quartiersmaßstab z. B. durch erweiterte Fördertatbestände eine wirksame Unterstützungsmaßnahme zur angestrebten Skalierung.

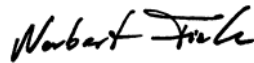
Ein gleichlautendes Schreiben haben wir an Frau Bundesministerin Svenja Schulze und Herrn Bundesminister Peter Altmaier gesandt.

Mit freundlichen Grüßen



Hans Erhorn

Koordinator des Effizienzhaus Plus Netzwerks und
Principal Adviser für das Fraunhofer IBP



Prof. Dr. M. Norbert Fisch

CEO, EGS-plan Ingenieurgesellschaft für Energie-, Gebäude- und Solartechnik mbH



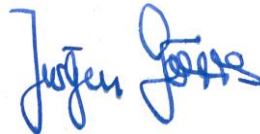
Ing. Architekt Peter-M. Friemert

ZEBAU GmbH Hamburg



Axel Gedaschko

GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- u. Immobilienunternehmen e.V.)



Dr. Jürgen Görres

Landeshauptstadt Stuttgart